BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1955

Ausgegeben am 4. November 1955

57. Stück

- 211.** Bundesverfassungsgesetz: Neutralität Österreichs.
212. Verordnung: Errichtung von Ergänzungskommandos zur Durchführung der Erfassung und Einberufung der Wehrpflichtigen.
213. Verordnung: Änderung der Sprengel der Gerichtsbezirke Neulengbach und Purkersdorf.
214. Kundmachung: Änderung der Kundmachung, betreffend die Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge bei den Beamten der Österreichischen Bundesbahnen.
215. Notenwechsel über die Aufhebung der Sichtvermerkplicht zwischen Österreich und Monaco.

211. Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Körner

Raab	Schärf	Helmer	Kapfer
Drimmel	Maisel	Kamitz	Thoma
Illig	Waldbrunner		Figl

212. Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 15. Oktober 1955, betreffend die Errichtung von Ergänzungskommandos zur Durchführung der Erfassung und Einberufung der Wehrpflichtigen.

Auf Grund der §§ 17 und 18 des Wehrgesetzes, BGBl. Nr. 181/1955, wird verordnet:

Ergänzungskommandos werden mit folgendem örtlichem Wirkungsbereich in folgenden Städten eingerichtet:

Für den Ergänzungsbereich

Burgenland		in Eisenstadt,
Kärnten		in Klagenfurt,
Niederösterreich		in Wien,
Oberösterreich		in Linz,

Salzburg		in Salzburg,
Steiermark		in Graz,
Tirol		in Innsbruck,
Vorarlberg		in Bregenz,
Wien		in Wien.

Raab

213. Verordnung der Bundesregierung vom 25. Oktober 1955, womit die Sprengel der Gerichtsbezirke Neulengbach und Purkersdorf geändert werden.

Auf Grund des § 8 Abs. 5 lit. d des Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des Bundesgesetzes Nr. 368 vom Jahre 1925 wird mit Zustimmung der niederösterreichischen Landesregierung verordnet:

§ 1. Die Gemeinden Gablitz, Mauerbach, Preßbaum, Tullnerbach und Wolfsgraben werden aus dem Sprengel des Bezirksgerichtes Neulengbach ausgeschieden und dem Sprengel des Bezirksgerichtes Purkersdorf zugewiesen.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 1956 in Kraft.

Raab	Schärf	Helmer	Kapfer
Drimmel	Maisel	Kamitz	Thoma
Illig	Waldbrunner		Figl

214. Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe vom 29. Oktober 1955, womit die Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr vom 19. Juli 1948, BGBl. Nr. 174, in der Fassung der Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe vom 27. November 1952, BGBl. Nr. 218, betreffend die Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge bei den Beamten der Österreichischen Bundesbahnen, abgeändert wird.

Auf Grund des zustimmenden Beschlusses des Hauptausschusses des Nationalrates vom 24. Ok-